

Hashim Salamat tot

Der Vorsitzende der Moro Islamischen Befreiungsfront (MILF) Hashim Salamat ist laut einem führenden MILF-Mitglied am 13. Juli 2003 einem Herzleiden erlegen. Die Wahl eines Nachfolgers sowie die Informierung der Angehörigen hätten zu der Verzögerung der Bekanntgabe des Todes Salamats geführt, so der Vorsitzende der MILF für politische Angelegenheiten Ghadzali Jaafar.

Nach einwöchiger Beratung wählte das Zentralkomitee der MILF Al Haj Murad zum Nachfolger Salamats. Murads bisheriges Amt als stellvertretender Vorsitzender für militärische Angelegenheiten nimmt nun Al Siddique ein.

Jaafar gab bekannt, dass Murad die Friedensgespräche

mit der Regierung weiterführen wird. Weiterhin betonte er, werde es keine Veränderungen in der Revolutionspolitik der MILF geben, besonders nicht in der Absicht, eine friedliche Lösung für den Mindanao-Konflikt zu finden.

Führende Militärs und Politiker wie Vizepräsident Teofisto Guingona und Senator Aquilino Pimentel drückten ihr Bedauern über Salamats Tod aus. In Marawi versammelten sich tausende Muslime auf den Strassen, um ihrer Trauer über den Tod Hashim Salamats Ausdruck zu verleihen.

vgl. *Phil. Star*, 6.8.03

siehe: *Der stille Abgang des Salamat Hashim*, S. 85f

Verteidigungsminister tritt zurück

Verteidigungsminister Angelo T. Reyes ist am 29. August 2003 von seinem Amt zurückgetreten. Reyes begründete seinen Rücktritt damit, dass er das philippinische Militär vor Attacken »politischer Opportunisten« schützen wolle. Weiterhin wolle er der Präsidentin freie Hand im Umgang mit der Situation geben. Reyes' Rücktritt erfolgte einen Monat nach einer gescheiterten Meuterei

von Soldaten, die seinen sofortigen Rücktritt gefordert hatten, unter anderem wegen dem Verkauf von Regierungswaffen an Rebellen Gruppen sowie der Organisation der Bombenanschläge in Davao im April. Ein Nachfolger für den Posten Reyes steht noch nicht fest.

vgl. *Manila Times*, 30.8.03

siehe auch: *22 Stunden, die es in sich haben*, Seite 83ff

Soll sie oder soll sie nicht ?

Ob die Präsidentin sich bei den Wahlen 2004 als Kandidatin stellen soll, ist eine Frage, die die philippinischen Wähler zu teilen scheint. Einer Umfrage des Sozialforschungsinstituts SWS zu Folge waren 50 Prozent der 900 Befragten gegen eine Kandidatur der jetzigen Präsidentin, während sich 47 Prozent für eine Kandidatur aussprachen. Besonders die obere Mittelklasse wandte sich mit 61 Prozent gegen die Präsidentin. Unter der armen Bevölkerung herrschte kein Konsens: 45 Prozent befürworteten eine Kandidatur, 52 Prozent waren dagegen.

In Mindanao und den Visayas ist die Unterstützung für die Präsidentin mit 66 bzw. 61 Prozent vergleichsweise größer als in Manila und Luzon (39 Prozent).

Wären jetzt Wahlen, würden laut der Umfrage vom 5. bis zum 21. Juli 2003 20 Prozent der Gesamtbevölkerung Arroyo wählen. Ihr folgten Paul Roco (19 Prozent), Senator Noli de Castro (18 Prozent), Fernando Poe Jr. (15 Prozent) und Senator Panfilo Lacson mit 11 Prozent.

Regierungssprecher Bunye betonte jedoch, dass die Präsidentin an ihrem Entschluss

Mordsstimmung

In Davao gehen die Morde auf offener Straße durch paramilitärische sogenannte *Vigilantengruppen* unvermindert weiter. Allein im Juli 2003 sollen 30 Morde an Straßenkindern, angeblichen Drogenhändlern und korrupten Polizisten auf die Kappe der *Davao Death Squad* gehen, hinter der auch der Bürgermeister von Davao Duterte stecken soll.

Auch aus Geschäftskreisen ist die Forderung nach einem Ende der Morde zu hören, da sie dem wirtschaftlichen Klima in der Stadt schaden. Eine kleine Ironie: Sie sind es auch gewesen, denen unterstellt wird, Mitte der 90er Jahre die Idee der Todeschwadronen mit ausgebrütet haben, um die Drogenkriminalität und das Phänomen der vielen Straßenkinder einzudämmen.

Im letzten Monat sind erneut drei Journalisten — ein Kameramann und zwei Radiokommentatoren — ermordet worden. Dem *Center for Media Freedom and Responsibility* zufolge sind damit bislang sechs Journalisten allein in 2003 ermordet worden und 41, nachdem 1986 die Marcosdiktatur ein Ende gefunden hatte. Keiner der Fälle ist bislang aufgeklärt worden.

vgl. *Bulatlat.Com*, 7.9.2003

festhalten werde, nicht anzutreten.

Den Befragten zufolge ist das wichtigste Thema der kommenden Wahlen die wirtschaftliche Entwicklung des Landes (56 Prozent). Andere Themen, die als wichtig erachtet werden, sind die Bekämpfung der Korruption (18 Prozent), Bekämpfung der Kriminalität (12 Prozent), Förderung der Demokratie (11 Prozent) und eine Versöhnung mit den Rebellen Gruppen (3 Prozent).

vgl. *Phil. Star*, 6.8.03

nachrichten

Krieg den Drogen

Nach dem Kampf gegen Armut, Kriminalität und Terrorismus hat die philippinische Regierung nun den Kampf gegen den illegalen Drogenhandel angekündigt. Dies soll unter Leitung der im letzten Jahr gegründeten *Philippine Drug Enforcement Agency* geschehen, der eine Milliarde Peso zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt worden sind.

Die Drogensituation in den Philippinen hat alarmierende Ausmaße angenommen. So ist die Zahl der Drogenkonsumenten von 20.000 Menschen im Jahr 1972 auf 3,4 Millionen Süchtige im Jahr 2003 angestiegen. Andere Stimmen sprechen sogar von 9 Millionen. 65 bis 70 Prozent der Häftlinge in den Philippinen sitzen wegen Drogen betreffenden Verbrechen im Gefängnis.

Die Drogen werden von mutmaßlich 215 Drogensyndikaten ins Land geschmuggelt und bringen der Drogenindustrie etwa fünf Milliarden Dollar im Jahr ein. Diese Summe entspricht acht Prozent des Brutto sozialprodukts. Die Philippinen werden in einem US-Bericht als Hauptlieferant von illegalen Drogen nach Japan, Korea, Australien, Amerika, Guam und Saipan identifiziert.

Menschenrechtsgruppen befürchten nun eine ähnlich hartes Vorgehen gegen Drogen wie es Ministerpräsident Thaksin Shinawatra in Thailand betreibt. Innerhalb von drei Monaten forderte seine Anti-Drogen-Kampagne mehr als 2200 Menschenleben.

vgl. *PDI 8.03*

nachrichten

Marcosgelder sind freigegeben

Der oberste Gerichtshof der Philippinen hat 650 Millionen US-Dollar (d.h. 38 Milliarden Pesos), die auf Schweizer Bankkonten der Marcosfamilie geparkt waren, für unrechtmäßig angeeignet (*ill-gotten*) erklärt und einstimmig der jetzigen Regierung zugesprochen. Das Geld befindet sich mittlerweile auf einem Bankkonto der *Philippine National Bank*. Von den Geldern sollen acht Milliarden Pesos den Opfern der Menschenrechtsverletzungen unter Marcos zukommen und 30 Milliarden Peso in das Landreformprogramm CARP fließen.

Die unrechtmäßig angeeigneten Gelder wurden von fünf Stiftungen, als deren Nutznießer die Marcoskinder eingetragen waren, bei verschiedenen Schweizer Banken eingezahlt.

Das Oberste Gericht stellte fest, dass für den Zeitraum, in dem Ferdinand und Imelda Marcos Regierungämter innehatten (er als Präsident, sie als Gouverneurin von Metro Manila und Wohnungsbauministerin), also von 1966 bis 1986, ihnen lediglich 304,372 US-Dollar als legales Gehalt zustanden. Imelda Marcos blieb den Beweis schuldig, dass ihre Familie das Geld anderweitig legal erworben hatten.

vgl. PDI, 16.7.03, 22.7.03

Slumbewohner dürfen nicht — Auslandsfilipinos wollen nicht

Die Wahlkommission Comelec hat bekannt gegeben, dass es Slumbewohnern in Metro Manila verboten sein wird, ihre Stimme bei den Wahlen im Jahr 2004 abzugeben. Diese Entscheidung, von der etwa 700.000 Menschen betroffen sind, ist die strikte Umsetzung des Wahlgesetzes, das nur »Bona fide« — Bewohner/innen (d.h. die mit Mietvertrag oder Eigentumswohnung) das Wahlrecht einräumt. Der Direktor der Wahlkommission

für Metro Manila, Ferdinand Rafanan, sagte, die Einhaltung des Gesetzes werde direkt bei der Wahlregistrierung überprüft. So müssen Wähler zukünftig Dokumente präsentieren, die belegen, dass sie an einem bestimmten Ort leben und dort auch Miete zahlen.

Die Registrierung und Bewertung von Wählern hat am 4. August in Manila und am 18. August im Rest des Landes begonnen und soll am 31. Oktober abgeschlossen sein.

Bislang haben sich erst 90.000 von 1,8 Millionen wahlberechtigten Filipinos und Filipinos im Ausland als Wähler/innen registrieren lassen. Auslandsfilipinos können im Mai nächsten Jahres das erste Mal an den nationalen Wahlen teilnehmen, wenn sie erklären, innerhalb der nächsten drei Jahre wieder ins Land zurückzukehren.

vgl. PDI, 28.8.03. *Phil. Star*, 5.9.03.

Schulden wachsen weiter

Der Teufelskreis in punkto Schulden, in dem sich die Philippinen befinden, bleibt ungebrochen. So wurde der Kongress darüber informiert, dass die Regierung nahezu eine halbe Billionen Peso Schulden im Jahre 2004 aufnehmen werde, um das Haushaltsdefizit auszugleichen und der Schuldentrückzahlung nachzukommen.

In einer Informationsbroschüre des Finanzministeriums sollen in 2004 Kredite in Höhe von 411,9 Milliarden Peso (6,7 Milliarden Euro) aufgenommen werden, das sind 4,7 Prozent mehr als im Jahr 2003. 288,1 Milliarden Peso sollen auf dem heimischen, 123,8 Milliarden Peso auf ausländischen Kreditmärkten aufgenommen werden 270,7 Milliarden Peso davon sollen in den Schuldendienst fließen, 197,8 Milliarden Peso das Haushaltsdefizit decken.

Der Gesamtschuldenstand des öffentlichen Sektors liegt zur Zeit bei 5,2 Billionen Peso (85 Mrd. Euro). Am Ende ihrer Amtszeit wird die Regierung Arroyo mehr Schulden haben als ihre Vorgängerregierungen Estrada, Ramos und Aquino.

Vgl. PDI, 11.8.03

Gesetze aus Geldmangel nicht umgesetzt

Insgesamt 163 Gesetze, die vom Kongress verabschiedet wurden, konnten aufgrund von Geldmangel nicht umgesetzt werden, so die Schätzung des zuständigen parlamentarischen Kontrollkomitees. Der Vorsitzende des Gremiums, Joey Sarte Salceda, gab bekannt, es würden circa 402,9 Milliarden Peso benötigt, um die Gesetze umsetzen zu können.

Im Gesundheitssektor wurden mit 23 Prozent die meisten unverwirklichten Gesetze verzeichnet. Meist ging es dabei um Gesetze zur Erhöhung der Bettenanzahl in staatlichen Krankenhäusern. Der öffentliche Arbeitssektor folgt mit 26 nicht umgesetzten Gesetzen.

vgl. PDI, 1.7.03

Anti-Rauchergesetz verabschiedet

Gloria Macapagal Arroyo hat ein Gesetz unterzeichnet, das die Verpackung, den Gebrauch, den Verkauf und die Werbung von Tabakprodukten in den Philippinen regelt. Der Tobacco Regulation Act verbietet Rauchen in der Öffentlichkeit, wie z. B. in Schulen, Krankenhäusern, Erholungsgebieten und Restaurants. Zigarettenfirmen ist es in Zukunft ebenso verboten, Sportfeste sowie Kultur- und Bildungsprogramme finanziell zu unterstützen.

Das Gesetz verbietet weiterhin den Verkauf von Zigaretten an Minderjährige und autorisiert das Bildungsministerium, Tabakauflärungskampagnen

mit in den Schulunterricht einzubeziehen.

Verstöße gegen das Gesetz werden mit bis zu 400.000 Peso oder einmonatiger bis dreijähriger Haft bestraft.

Das Tabakgesetz ist eine Reaktion auf den Aufruf der Weltgesundheitsorganisation (WHO) an Regierungen, bei der Rauchkontrolle mitzuhelfen. Der philippinischen Regierung zufolge sind die Philippinen das erste Land weltweit, das der Aufforderung der WHO in diesem Maße nachkommt. In den Philippinen gibt es 34 Millionen Raucher.

vgl. PDI 23.6.03, 24.6.03